

Gruppe 22 - Informationszentrum Asyl und Migration

Briefing Notes

28. November 2016

Afghanistan

Bewaffnete Auseinandersetzungen

Es kommt weiterhin zu Kampfhandlungen, Überfällen und Anschlägen, bei denen teilweise auch Zivilisten getötet oder verletzt werden. Nach Presseberichten waren in den vergangenen Wochen folgende Provinzen betroffen: Nuristan, Laghman, Nangarhar, Paktika, Ghazni, Logar, Kandahar, Uruzgan, Ghor, Herat, Farah, Faryab, Kunduz, Helmand, Sar-i-Pul.

Bei den Kämpfen in Kunduz sollen in diesem Jahr über 500 Zivilisten getötet und 1.200 verletzt worden sein.

Übergriffe

Am 22.11.16 überlebte ein Mitglied des Provinzrates von Farah (Westen) einen Anschlag, drei seiner Bodyguards wurden verletzt.

Am 23.11.16 explodierte in Kabul eine Magnetbombe an einem Fahrzeug, ohne Opfer zu verursachen.

Am 25.11.16 starben bei einem Bombenanschlag in Jalalabad (Nangarhar, Osten) fünf Personen, darunter ein Polizist, 27 Menschen wurden verletzt.

Am 26.11.16 soll der afghanische Vizepräsident und Warlord Dostum einen politischen Gegner zunächst verprügelt und dann entführt haben lassen.

Deutschland gibt Generalkonsulat in Mazar-e Sharif auf

Presseberichten zufolge wird das Auswärtige Amt sein Generalkonsulat in Mazar-e Sharif aufgeben und die Mitarbeiter sollen im Camp Marmal der Bundeswehr außerhalb der Stadt untergebracht werden. Das Konsulat sei bei dem Anschlag am 11.11.16 zu sehr zerstört worden und die Diplomaten könnten in dem Bundeswehrcamp besser geschützt werden.

Irak

Viele Tote bei Anschlag auf schiitische Pilger

Bei einem Selbstmordattentat auf Pilgerbusse in der Nähe der Stadt Hilla südlich von Bagdad am 24.11.16 kamen Polizeiangaben zufolge mindestens 74 Menschen ums Leben. Mehr als 100 seien verletzt worden. Viele Opfer sind schiitische Pilger aus dem Iran. Sie hatten in Kerbela einen Feiertag begangen und befanden sich auf dem Heimweg. Der IS bekannte sich zu dem Anschlag.

Kämpfe um Mosul

Angesichts der Umzingelung der Stadt durch sog. Volksmobilisierungseinheiten (eine von Iran unterstützte schiitische Miliz, die an der Seite der irakischen Armee kämpft) sind tausende Zivilisten aus dem westlich von Mosul gelegenen Tal Afar geflohen. Die Türkei kündigte an, eine Eroberung der überwiegend von Turkmenen bewohnten Stadt durch schiitische Kämpfer nicht hinzunehmen.

Am 23.11.16 kappten Schiitenmilizen die letzte Versorgungsrouten Mosuls. Die Stadt und das vom IS gehaltene Umland sind somit von der Außenwelt abgeschnitten.

Iran

Dealen mit kleinen Mengen

Für Dealen mit kleinen Mengen soll es zukünftig keine Todesstrafe mehr, sondern Haftstrafen zwischen 25 und 30 Jahren geben. Laut Nachrichtenagentur ISNA habe das iranische Parlament am 23.11.16 ein entsprechendes Gesetz verabschiedet. Das Land hat weltweit eine der höchsten Hinrichtungszahlen. In den meisten Fällen ging es um Drogenkriminalität und den sexuellen Missbrauch von Kindern.

Jemen

Erneute Waffenruhe gescheitert

Die für das Wochenende vom 19./20.11.16 vereinbarte Waffenruhe zwischen Regierungstruppen und Rebellen wurde nicht verlängert. Die Konfliktparteien warfen sich gegenseitig vor, die Vereinbarungen gebrochen zu haben. Die 48-stündige Waffenruhe war der sechste Versuch, die Gewalt im Jemen einzudämmen.

Türkei

EU-Parlament fordert Stopp der Beitrittsverhandlungen

Am 24.11.16 stimmte das Europäische Parlament mit großer Mehrheit für ein vorläufiges Einfrieren der EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei. Die Resolution ist eine Reaktion auf das Vorgehen der türkischen Regierung gegen Staatsbedienstete, Medien und Oppositionelle nach dem Putschversuch im Juli 2016. Die Parlamentarier werfen dem türkischen Präsidenten unverhältnismäßige Repressionen vor. Sie wollen die Verhandlungen aussetzen, bis Ankara zu einem rechtsstaatlichen Verfahren zurückgekehrt ist. Die Resolution ist für die EU-Kommission und die Mitgliedsstaaten nicht bindend. Der türkische Staatspräsident Erdogan reagierte empört, er bezeichnete das Votum als bedeutungslos und drohte mit dem Ende des Flüchtlingsabkommens.

Weitere Entlassungen

Mit zwei neuen Notstandsdekreten entließ der türkische Staatspräsident Erdogan nach Medienberichten vergangene Woche mehr als 15.000 weitere Beschäftigte aus dem Staatsdienst. Betroffen seien davon Beamte, Soldaten und Polizisten. Zudem sollen erneut zahlreiche Einrichtungen geschlossen werden, darunter 375 Vereine, 18 Stiftungen und ein Gesundheitszentrum. Allen werden Verbindungen zu Terrororganisationen vorgeworfen. Auch gegen die Medien wird mit den neuen Dekreten weiter vorgegangen, demnach müssen sieben Regionalzeitungen und ein lokaler Radiosender den Betrieb einstellen. Seit dem Putschversuch sind mehr als 110.000 Staatsbedienstete entlassen und mehrere Tausend festgenommen worden. Ihnen werden hauptsächlich Verbindungen zur Gülen-Bewegung zur Last gelegt.

Anschlag in Adana

Am 24.11.16 detonierte eine Autobombe auf dem Parkplatz des Gouverneursamts in der südtürkischen Provinzhauptstadt Adana. Dabei wurden nach Medienberichten zwei Menschen getötet und über 33 verletzt. Zunächst bekannte sich niemand zu der Tat. Die türkische Regierung macht die PKK für den Anschlag verantwortlich.

Suspendierte Lehrer dürfen in den Dienst zurück

Nach Angaben der türkischen Regierung vom 25.11.16 dürfen etwa 6.000 Lehrer vorerst wieder in den Dienst zurückkehren. Die Pädagogen waren wegen mutmaßlicher Verbindungen zu terroristischen Organisationen im Zusammenhang mit dem Putschversuch suspendiert worden. Die Ermittlungen gegen die Lehrer wegen ihrer Kontakte und einer möglichen Beteiligung am gescheiterten Putsch würden aber fortgesetzt.

Syrien

Kampf um Aleppo

Vergangene Woche rückten die Truppen der syrischen Regierung weiter in den noch von Rebellen kontrollierten östlichen Teil Aleppos vor. Nach Angaben der oppositionsnahen Syrischen Beobachtungsstelle für Menschenrechte flüchteten in den letzten Tagen deshalb bis zu 10.000 Zivilisten. Rund 6.000 von ihnen seien in von Rebellen kontrollierte Zonen geflohen, die übrigen in Regierungsgebiete. Zudem soll es den Truppen Assads gelungen sein, das Viertel Al-Sachur einzunehmen, das mitten im Rebellengebiet liegt.

Türkische Soldaten bei Luftangriff getötet

Bei einer Militäroperation in Nordsyrien wurden am 24.11.16 nach Angaben der türkischen Armee drei türkische Soldaten durch Luftangriffe der syrischen Regierungstruppen getötet und mehrere verletzt. Die türkische Nachrichtenagentur DHA machte, ebenso wie die oppositionelle Syrische Beobachtungsstelle für Menschenrechte, zunächst den IS für den Angriff verantwortlich.

Fast eine Millionen Menschen unter Belagerung

Nach Angaben der UN werde die humanitäre Hilfe für knapp eine Million Menschen behindert. Zivilisten würden isoliert, ausgehungert und ausgebombt. Allein im umkämpften Ostteil von Aleppo sollen es 250.000 sein. Der UN-Beauftragte für humanitäre Hilfe, Stephen O'Brien, machte vor dem UN-Sicherheitsrat in New York die syrischen Regierungstruppen für die Belagerung von rund 850.000 Menschen verantwortlich, der Rest gehe auf das Konto unterschiedlicher Rebellengruppen wie dem IS.

Ägypten

Anschlag auf dem Sinai

Bei einem Angriff auf einen Kontrollposten des Militärs nahe der Stadt Al-Arisch im Norden der Halbinsel kamen am 24.11.16 acht Soldaten ums Leben; mindestens zwölf sollen verletzt worden sein. Drei Angreifer wurden getötet. Zu dem Angriff bekannte sich bisher niemand, auch die näheren Umstände sind unklar. Auf dem Sinai töteten extremistische Islamisten in den vergangenen Jahren Hunderte Menschen, darunter viele Polizisten, Soldaten und Geheimdienstmitarbeiter. Verantwortlich für zahlreiche Anschläge in der Vergangenheit ist eine früher unter dem Namen Ansar Bait al-Maqdis bekannte Organisation, die im November 2014 dem IS die Treue schwor und sich in Wilayat Sinai umbenannte.

Mali

Kommunalwahlen

In Mali waren am 20.11.16 mehr als 7,2 Millionen Wähler aufgerufen, um rund 12.000 Abgeordnete in 703 Gemeinden des Landes zu wählen. Die letzten Kommunalwahlen fanden 2009 statt. Da die Gemeinderäte für eine Amtszeit von fünf Jahren gewählt werden, sollten diese Wahlen eigentlich im Jahr 2014 stattfinden, waren jedoch seitdem aufgrund der anhaltenden Instabilität viermal verschoben worden. Offiziell wurde nun in 688 der 703 Gemeinden gewählt. In den Hochburgen der Tuareg-Rebellen (nordmalische Regionen Kidal, Ménaka und Taoudéni) gab es keine Wahlen, da die Tuareg-Rebellenkoalition CMA (Koordination der Azawad-Bewegungen) erst die im Friedensvertrag von 2015 vorgesehenen Interimsverwaltungen eingesetzt haben will und erfolgreich zum Wahlboykott aufrief. Selbst in der zentralmalischen Region Mopti blieben sechs der 15 Gemeinden von der Stimmabgabe ausgeschlossen, in Goundam südwestlich der Stadt Timbuktu sogar 14 von 16 Gemeinden. Als Gründe wurden von amtlicher Seite verschiedene Unsicherheiten so auch Überschwemmungen genannt. In Zusammenhang mit den Wahlen kam es zu etlichen Vorfällen. So zündeten in Dialloubé (Region Mopti) nicht identifizierte bewaffnete Banditen das Rathaus, die Unterpräfektur und die Residenz des Unterpräfekten an. Das Wahlmaterial verbrannte, wie lokale Medien berichteten. Laut malischen Sicherheitskreisen wurde ein Militärkonvoi, der Wahlurnen zur Auszählung transportierte, auf dem Weg nach Douentza mutmaßlich von Dschihadisten angegriffen. Hierbei wurden fünf Soldaten getötet. Islamisten hätten zudem kurzzeitig die Kontrolle über die Stadt Dilli weiter westlich übernommen.

Sudan

Streik wegen Preiserhöhungen

Ein von Oppositionsparteien ausgerufener dreitägiger Streik ab dem 27.11.16 legt das öffentliche Leben vor allem in Khartum teilweise lahm. Märkte, Schulen und Universitäten blieben geschlossen. Hintergrund des Streikaufrufs ist eine Erhöhung der Kraftstoffpreise um 30 %, die zu einer Verteuerung zahlreicher anderer Güter führte. Um zu verhindern, dass es wie bei ähnlichen Preiserhöhungen im Jahr 2013 zu gewalttätigen Auseinandersetzungen mit zahlreichen Todesopfern kommt, ließ die Regierung in den vergangenen Wochen Oppositionsführer festnehmen. Unter ihnen befindet sich Siddiq Youssef, der Führer der National Consensus Forces (NCF). Hierbei handelt es sich um einen Zusammenschluss von Oppositionsparteien, dem die Popular Congress Party (PCP), die National Umma Party (NUP) Sadiq al-Mahdis sowie die Sudanese Communist Party angehören. Die Wirtschaft Sudans leidet unter der Abspaltung des Südens im Jahr 2011. Drei Viertel der Erdölvorräte des früheren Gesamtstaates fielen damals an die Republik Südsudan.

Somalia

Kampfhandlungen

Sicherheitskräfte der Regionalregierung von Jubaland (Regionen Gedo, Middle Juba und Lower Juba) vertrieben am 21.11.16 al-Shabaab-Kämpfer aus der Ortschaft Berhani (Region Lower Juba). Am 22.11.16 kam es zu einem Zusammenstoß in der Gegend des Flughafens von Mogadischu (Region Lower Shabelle) zwischen Angehörigen einer örtlichen Miliz und al-Shabaab-Kämpfern. Dabei kamen auf beiden Seiten mehrere Personen ums Leben. Al-Shabaab vertrieb am 23.11.16 somalische Einheiten aus der Ortschaft Goof Gaduud (Region Bay). Die Islamisten töteten mindestens vier Soldaten. Die Miliz griff am 26.11.16 einen Stützpunkt der somalischen Armee in der Ortschaft Lanta Buro (Region Lower Shabelle) an und übernahm kurzzeitig die Kontrolle über die Ortschaft. Zahlreiche Personen wurden verletzt. Die Anzahl der Todesopfer ist unbekannt. Somalischen Einheiten gelang es, die Kontrolle über die Ortschaft zurückzugewinnen.

Anschläge

Bei einem Autobombenanschlag auf den Beerta-Gemüsemarkt im Stadtteil Waberi von Mogadischu starben am 26.11.16 zahlreiche Menschen. Bei den meisten handelte es sich um Zivilisten. Die Medienangaben zu den Toten differieren zwischen mindestens acht und mehr als 20. Im Zusammenhang mit dem Anschlag, zu dem sich die al-Shabaab bekannt haben soll, wurde ein Verdächtiger verhaftet.

Wahlen

Die für den 30.11.16 vorgesehene Wahl des somalischen Präsidenten wird voraussichtlich auf Dezember verschoben, da es zu Verzögerungen bei den laufenden Parlamentswahlen kommt. Bisher sind diese erst zu etwa 50 % abgeschlossen. Zahlreiche Fälle von Unregelmäßigkeiten, Einschüchterung und Korruption werden derzeit untersucht und könnten zur Annullierung von Ergebnissen führen. Bei der Wahl der Parlamentsabgeordneten handelt es sich um eine indirekte Wahl. Von 135 Clanältesten ausgewählte Delegierte wählen die 275 Abgeordneten des Unterhauses. Vertreter der Regionen bestimmen die Abgeordneten des Oberhauses. Die Mandatsträger beider Kammern wählen schließlich den Staatspräsidenten (vgl. BN v. 04.10.16).

Nigeria

Zahlreiche Tote bei Einsätzen gegen Demonstranten

In einem am 24.11.16 veröffentlichten Bericht wirft Amnesty International den Sicherheitskräften vor, im Südosten des Landes zwischen August 2015 und August 2016 mit exzessiver Gewalt gegen meist friedliche Demonstrationen und andere Versammlungen der Indigenous People of Biafra (IPOB) vorgegangen zu sein. Insgesamt habe es mindestens 150 Tote gegeben, die weitaus meisten in Onitsha (Anambra State) am 30.05.16, dem Biafra Remembrance Day.

Uganda

Dutzende Tote bei Auseinandersetzungen zwischen Militär und Rebellen

Bei bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen dem Militär und der Garde des Königs der ethnischen Gruppe der Bakonzo, Charles Wesley Mumbere, wurden überwiegend am 25. und 26.11.16 mindestens 41 Rebellen und 14 Sicherheitskräfte getötet. Mumbere wurde am 27.11.16 in Gewahrsam genommen.

Die Bakonzo leben ca. 340 km westlich der Hauptstadt Kampala im Distrikt Kasese nahe der Grenze zur DR Kongo. Nach Regierungsangaben fordern einige der Anhänger des Königs eine Abspaltung einer Yiira genannten Republik von Uganda. Mumbere gilt als ein Gegner Präsident Yoweri Musevenis, der Distrikt als eine Hochburg der Opposition.

Zentralafrikanische Republik

Tote bei Gefechten zwischen Rebellengruppen

Bei Kämpfen zwischen zwei Fraktionen der Rebellen-Koalition Séléka, der Front populaire pour la renaissance de la Centrafrique (FPRC) und der Union pour la paix en Centrafrique (UPC), starben am 21.11.16 in der Stadt Bria (ca. 600 km nordöstlich der Hauptstadt Bangui) mindestens 16 Menschen. Etwa 6.000 flohen zu einem Stützpunkt der UN-Friedensmission MINUSCA in Bria.

Montenegro

Neue Regierung ohne Djukanovic

Einen Monat nach den Parlamentswahlen ist eine neue Regierung gebildet worden. Die seit 1991 regierende Demokratische Partei der Sozialisten (DPS) unter dem langjährigen Premier Milo Djukanovic wurde erneut stärkste Kraft. Zusammen mit Minderheitenparteien (Bosniaken, Albaner und Kroaten) und den Sozialdemokraten (SD) wurde ein Regierungsbündnis gebildet. Neuer Premier wird der ehemalige Geheimdienstchef Dusko Markovic. Djukanovic bleibt Parteivorsitzender. Markovic hat angekündigt, dass er den Weg der Integration in EU und NATO fortsetzen wird.

Die prorussische Opposition (Koalition Demokratische Front – DF) hatte sich gleich nach den Wahlen zu einem Boykott entschlossen. Sie will diesen fortsetzen, bis der mutmaßliche Putschversuch vom Wahltag vollkommen aufgeklärt ist. Dabei wurden 20 serbische Staatsbürger festgenommen, die Anschläge auf Staatsgebäude und Regierungsvertreter geplant haben sollen. Hinter dem Staatsstreich soll eine kriminelle Organisation aus Serbien und Russland stecken, die das Land angeblich destabilisieren und die Westintegration torpedieren will (vgl. BN v. 17.10.16).

China

Xinjiang: Pässe werden eingezogen

Behörden der Uigurischen Autonomen Region Xinjiang rufen die Einwohner auf, ihre Pässe zur Überprüfung bei der Polizei abzugeben. Die Maßnahme dient offiziell der Aufrechterhaltung der sozialen Ordnung. Sie richtet sich Beobachtern zufolge aber vor allem gegen Uiguren, deren Reisemöglichkeiten weiter eingeschränkt werden sollten.

Myanmar

Bewaffneter Konflikt im Shan State

Am 20.11.16 begannen Angriffe der Northern Alliance – gebildet aus der Kachin Independence Army (KIA), der Ta'ang National Liberation Army (TNLA) und der Myanmar National Democratic Alliance Army (MNDAA) sowie der Arakan Army (AA) – auf das Militär in den Gemeinden Muse und Kutkai im nördlichen Shan State. Dies sei nach Darstellung der Northern Alliance eine Reaktion auf Aktivitäten des Militärs in der Region. In dem mehrtägigen Konflikt wurden etwa zehn Menschen getötet. Mehr als 2.600 flohen in die Stadt Muse, etwa 3.000 ins benachbarte China, von wo ein Teil bereits wieder zurückkehrte.

Vietnam

Drei Aktivisten in Haft

In einer Stellungnahme vom 21.11.16 zeigt sich das UN Human Rights Office for South-East Asia besorgt über die Situation dreier Aktivisten, die im November 2016 festgenommen wurden. Berichten zufolge seien sie gefoltert worden. Der am 03.11.16 festgenommene Blogger Ho Van Hai wurde wegen Propaganda gegen die Sozialistische Republik Vietnam angeklagt, was mit Haft zwischen drei und 20 Jahren geahndet werden kann. Luu Van Vinh und Nguyen Van Duc Do, die am 06.11.16 festgenommen wurden, werden beschuldigt, Umsturzaktivitäten verfolgt zu haben, wofür ihnen Haft zwischen zwölf Jahren und lebenslang oder die Todesstrafe drohen. Sie hatten unlängst die Coalition of Self-determined Vietnamese Peoples gegründet, die sich für Demokratie und Menschenrechte einsetzt.

Kolumbien

Neuer Friedensvertrag unterzeichnet

Am 24.11.16 unterzeichneten Präsident Juan Manuel Santos und der Führer der Rebellenorganisation Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia (FARC), Rodrigo „Timochenko“ Londoño, einen Friedensvertrag. Eine erste, am 26.09.16 unterzeichnete Fassung des Abkommens hatte die Bevölkerung in einem Referendum am 02.10.16 abgelehnt (vgl. BN v. 04.10.16). Ein zweites Referendum wird es nicht geben. Das Parlament wird über den Vertrag abstimmen.

Gruppe 22 - Informationszentrum Asyl und Migration
Briefing-Notes
ivs-anfragen@bamf.bund.de